



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/57 - 9.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 030 800

## Hinweise auf den Inhalt:

Die Opfer der Sowjetzonenjustiz	S. 1
Kommunistische Niederlage in Indien	S. 3
Die wehrfreudige Jugend des Sicherheitsbeauftragten	S. 5
Bundesregierung und Saarbund	S. 6

---

## Und die politischen Häftlinge ?

Kj- In Westberlin haben sich zum dritten Male westberliner Journalisten, Wissenschaftler und Kulturschaffende mit dem Sowjetzonenkulturminister Becher getroffen. Im Ergebnis der Gespräche wurde die Bildung von zwei gemischten Kommissionen beschlossen: die eine soll sich mit dem Austausch von Literatur und Zeitschriften zwischen der Bundesrepublik, der Zone und beiden Teilen Berlins beschäftigen, die andere mit "ungerechtfertigten Festnahmen".

Über Wert oder Unwert solcher Gespräche kann man geteilter Meinung sein. Wir sind illusionslos genug, in dem alten Bismarck Pankows, "Deutsche an einen Tisch" zu bringen, in erster Linie einmal Propaganda zu sehen. Aber soll man diese Treffen mit dem Dichter-Minister rundweg und in Bausch und Bogen ablehnen, belächeln oder überhaupt gar nicht erst registrieren? Man sollte es nicht: die westberliner Gesprächspartner Bechers sind durchaus ehrenwerte Persönlichkeiten, frei von jedem Vorurteil, probolschewistisch zu sein, und, wie die heftigen Auseinandersetzungen mit Becher beweisen, aufrichtig bemüht, der gesamtdeutschen Sache zu dienen, der Freiheit und der Menschlichkeit.

Da ist dieses unselige Problem der politischen Häftlinge. Jeder, der einmal in einem sowjetzonalen KZ gesessen hat, weiß von der Qual der Eingesperreten, von ihrer Verdorrenheit und ihrer Verzweiflung.

9.3.1955

Die Strafen sind in den meisten Fällen so hoch, dass sie nicht überlebt werden. Nachdem die Aussichten auf eine baldige Wiedervereinigung immer mehr schwinden, versinkt auch die jahrelang strapazierte Hoffnung der Häftlinge auf Freilassung. (Wahrscheinlich hätte schon die Vereinbarung der Großmächte über eine neue Viererkonferenz eine Amnestie gebracht - kurz vor der Berliner Konferenz im vergangenen Jahr sind jedenfalls über 6 000 politische Häftlinge freigelassen worden.) Worauf aber sollen die Männer und Frauen in den mitteldeutschen KZs jetzt noch hoffen? Auf eine "Befreiung" durch zwölf deutsche Divisionen bestimmt nicht. Auf einen Gnadenakt Moskaus oder Pankows? Er dürfte kaum zu den Konsequenzen gehören, die vom Krenl für den Fall der Vertragsratifizierung angekündigt worden sind.

Es besteht keine Veranlassung zu der Annahme, dass sich durch den Einsatz einer "gemischten Kommission" unter dem Patronat Beckers, die "ungeréchtfertigte Verhaftungen in beiden Teilen Deutschlands" untersuchen soll, die Tore der mitteldeutschen Konzentrationslager öffnen werden. Vielleicht kann in dem einen oder anderen Fall Menschen geholfen werden. Allein das wäre das Bemühen wert. Aber was sehr viel wichtiger ist: die deutsche - und nicht nur die deutsche - Öffentlichkeit könnte durch die Prüfungsberichte der westberliner Vertreter aufgerüttelt werden. Sie würde wahrscheinlich eindringlicher als bisher von dem grausamen Schicksal erfahren, das Tausende deutscher Menschen jenseits der Elbe ertragen müssen und das gebieterisch, und mehr als vieles andere sonst, die Wiedervereinigung notwendig macht.

Die westdeutschen Stellen, die sich mit diesem ganzen Fragenkomplex besonders befassen, haben Material in Hülle und Fülle, mit dem sie der Kommission dienen können. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes bemüht sich seit langem um die Heimsendung der letzten deutschen Kriegsgefangenen, und er wird dabei von vielen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten tatkräftig unterstützt. Warum schenkt man in der Bundesrepublik der Frage der Gefangenen des Kalten Krieges so wenig Aufmerksamkeit? Weil sie ihre Freiheit für das demokratische Deutschland verloren haben?

Jedenfalls sollte keine Gelegenheit vorbeäunt werden, sich mit allem Nachdruck für jene Menschen einzusetzen, die, wie niemand sonst unter der Spaltung Deutschlands leiden. Geschieht das nicht, haben unsere mitteldeutschen Landsleute einen Grund mehr, sich als "abgeschrieben" zu betrachten. Freilich wird man darauf achten müssen, dass solche Anlässe nicht wiederum von sowjetzonalen Stellen zu politischen Geschäften benutzt werden, wie es immer wieder versucht wird

Nebrus Mittelweg bestätigt

I.B. Die südindische Provinz Andhra war bisher einer der Hauptstützpunkte der Kommunistischen Partei Indiens. Die Landtagswahlen, die Ende Februar in Andhra stattgefunden haben, brachten der kommunistischen Partei dort einen Verlust von 60 Sitzen - so weit die Wahlergebnisse bis jetzt bekannt geworden sind. Diese schwere Niederlage, die weit über den Rahmen dieser Provinz hinaus Bedeutung hat, veranlasste die "Prawda", die Amerikaner zu beschuldigen, durch Bestechungen die Resultate beeinflusst zu haben. Dieser Vorwurf entbehrt jedoch jeder Begründung.

Welches sind die Ursachen für die geringen Erfolge der Kommunisten in Indien, selbst in seinen ärmsten und unterentwickeltesten Teilen, zu denen Andhra gehört? Auch die Nachbarschaft Chinas, dessen angebliche wirtschaftliche Fortschritte die Kommunistische Partei Indiens als wichtiges Propagandamittel benutzt, hat offenbar wenig Überzeugungskraft gehabt. Denn die Inder haben nie vergessen, dass die indischen Kommunisten während des Freiheitskampfes ihres Volkes eine recht wechselvolle Rolle spielten. Sie haben, je nach Weisung Moskaus, diesen Kampf unterstützt oder bekämpft. Außerdem haben die terroristischen Methoden, die die Kommunisten in der Andhra benachbarten Provinz Hyderabad angewandt haben, ihnen beim indischen Volk, das von Gandhi her gegen jede Gewalttätigkeit eingestellt ist, viel Sympathien gekostet.

Der neuerlich besonders auffallende Niedergang der Kommunistischen Partei Indiens, für den das Wahlresultat von Andhra ein eindrucksvolles Beispiel ist, hat noch weitere Ursachen in der jüngsten Entwicklung. Nehru, der indische Premierminister, hat in seiner Außenpolitik den Kommunisten den Wind aus den Segeln genommen: Er hat oft genug und laut erklärt, dass Formosa rechtmäßig zu China gehöre und dass Peking einen Sitz in den Vereinten Nationen erhalten müsse. Seine erfolgreichen Vermittlungs-Ermittlungen bei der Beendigung des "Imperialistischen" Krieges in Indo-China lernten die Kommunisten nicht leugnen. Sie mußten sich also in Andhra auf Forderungen und Versprechungen in der Innenpolitik beschränken. Solchen Versprechungen fehlt aber die Anziehungskraft, da auch in den Provinzen,

in denen die Kommunisten einen starken Einfluss haben, sich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung nicht gebessert haben.

Es ist beachtenswert, dass die von Kommunisten verlorengegangenen Sitze an die Kongress-Partei - also die Partei Nehrus - gefallen sind und das ist geschehen, obwohl seit der Unabhängigkeit und der ersten Kongress-Regierung Indiens die Not im Lande kaum gemildert worden ist. Der erste Fünfjahresplan dieser Regierung sah eine Erhöhung des Nationaleinkommens der indischen Bevölkerung um etwa 11 % vor. Diese Steigerung, selbst wenn sie erreicht worden wäre, was bei den unzuverlässigen Statistiken dieses Landes schwer festzustellen ist, hätte kaum einen entscheidenden Einfluss auf den Lebensstandard gehabt, da sich die indische Bevölkerung in der gleichen Zeitspanne um 7 % vermehrt hat. Noch heute beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen in Indien pro Kopf der Bevölkerung 250,- Ruppes, was etwa dem Gewert von DM 250,- entspricht, also eine unerhöht niedrige Summe darstellt.

Vielleicht hat die Erklärung Nehrus auf dem kürzlich abgehaltenen Parteitag der Kongress-Partei, dass seine Regierung die Schaffung einer freiheitlich sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Ziele habe, die Bevölkerung Indiens bei ihrer Stimmabgabe gegen das gewalttätige kommunistische Prinzip beeinflusst.

Die Wähler in Indien zeigen, dass wirtschaftliche Zurückgebliebenheit nicht notwendigerweise politisches Unverständnis erzeugt. Man hat gerade in Indien gelegentlich den Eindruck, dass die Not sogar ein politischer Führer sein kann. Man kann nur hoffen, dass es der Regierung Nehrus, der in Indien starkes Vertrauen ausgesprochen wurde, gelingt, durch eine schnellere Befolgung ihrer weitgespannten sozialreformatorischen Ziele dem Indischen Kommunismus den Nährboden endgültig zu entziehen. \* \* \*

Die Verfasserin dieses Artikels hat sich kürzlich viele Monate lang in Indien aufgehalten.

### Das Wunschziel

R.G. Gewiß ist der Ausdruck "Wunschziel" eine Art von Doppelausdruck, da der Begriff "Ziel" im Grunde den Wunsch, nun das Ziel auch zu erreichen, einschließen dürfte. Aber man verzeihe dem Chronisten die verunglückte Vokabel; er hat sie nicht geprüft. Das Wunschziel entspringt den Gedankengängen des Sicherheitsbeauftragten Blank, der sich wieder einmal bemüßt fühlte, zu reden. Und diesmal - in Dortmund - scheint es ihn geblüht zu sein, und so erfahren wir, dass es das Wunschziel der deutschen Jugend sei, Europas Einheit zu verwirklichen und dann diese Einheit im Falle der Gefahr zu verteidigen.

Das ist gewiß einmal etwas Neues aus der legendären Historie des Amtes Blank, und wir verdanken die Neuigkeit der Tatsache, dass der Pionier des Wehrministeriums vor Abgeordneten der westfälischen Christlich-Demokratischen Union sprach, in einem Kreise also, der zum Widerspruch ohnehin nur wenig geneigt ist. In öffentlichen Versammlungen ist es, wie die Erfahrung allerjüngster Vergangenheit gezeigt hat, ein wenig anders zugegangen. Dort schien es eher das Wunschziel der Jugend zu sein, dem Herrn Sicherheitsbeauftragten einmal die Meinung der Jugend gehörig zu sagen, als etwa seine Meinung über diese Jugend geduldig zu hören.

Immerhin: der Herr Einstweilen-noch-Beauftragte hat seine "Meinungsforschung" über die Jugend mit Zahlen untermauert. Er gab kund, dass täglich bis zu 500 Freiwilligenmeldungen von bisher ungedienten Jahrgängen in seinen Amt einliefen. (Sollte es wirklich, entgegen den vielen anderslautenden offiziellen Meldungen, noch immer eine so beachtliche Jugendarbeitslosigkeit geben?) Wenige Tage vorher noch hörte man oder las man es umgekehrt, nämlich, dass einige Sorge bestehe hinsichtlich des künftigen Aufbaues der (Verteidigungs-) Truppen, weil sich so arg viel Offiziere und so wenig gewöhnliche künftige Soldaten melden.

Die "Meinungsforschung" des Amtes Blank in allen Ehren, aber die Meinungsforschung der Berufenen, bei denen man immerhin das System, nach dem sie arbeiten, kennt und also einige Gewähr für die Zuverlässigkeit oder Glaubwürdigkeit der vorgelegten Zahlen hat,

vermittelte uns ein ganz anderes Bild. Danach ist das Wunschziel der bundesdeutschen Jugend ganz und gar nicht eine in Uniformen gekleidete europäische Einheit, sondern viel eher erst einmal die auf völlig ziviler Art zu vollziehende Einheit Deutschlands. Und alles, was über diese Wirklichkeit hinweg uns das Bild einer für die Remilitarisierung begeisterten Jugend vorzaubern will, zeigt nur das Wunschziel - oder besser: den Wunschraum - der zur Zeit Mächtigen, die Jugend - wieder einmal - in ein gefährliches Abenteuer zu locken.

\* \* \*

#### Saarbund weiter auf dem Index

sp - Ausgerechnet einem Sprecher des Gesamtdeutschen Ministeriums, dem Staatssekretär Thediek, fiel die peinliche Aufgabe zu, die Kleine Anfrage der SPD zu beantworten, weshalb die Bundesregierung dem Saarbund die finanziellen Zuschüsse sperre. Der Saarbund, eine Vereinigung aus dem Saargebiet ausgewiesener Deutscher und von freiwillig Emigrierten, weil sie die Luft der Unfreiheit nicht mehr atmen konnten, bleibt auch weiterhin sozusagen auf dem Index. Er wird sich erst dann des Wohlwollens der Bundesregierung wieder erfreuen können, wenn, wie es in der Begründung hieß, "die Organisation eindeutig von ihrer in den letzten Monaten betriebenen Agitation abdrücke, durch die die Bundesrepublik gröblich diffamiert worden sei".

Die Verhängung des finanziellen Boykotts über eine Vereinigung von ehrenhaften Männern und Frauen, die nichts anderes wollen als dass die Saar ein Stück von Deutschland bleibe, hat eine bezeichnende Vorgeschichte. Vor vier Monaten liess der Saarbund, dessen Führung sich aus Persönlichkeiten aller Parteien zusammensetzt, ein Plakat mit der Inschrift: - Die Saar ist deutsch - fort mit den Separatisten - in der Bundesrepublik anschlagen. Damit war natürlich der Quisling an der Saar, Herr Öffnungsgemeint, Staatssekretär Thediek, von Glöbke, dem Vertrauten des Bundeskanzlers, alarmiert, bezog jedoch den Text auf - den Bundeskanzler! Was unmittelbar darauf folgte, dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein. Die Plakate wurden von "unbekannter Hand" in Bonn abgerissen, der Saarbund erhielt unter Berufung auf eine Polizeianordnung von Papen aus dem Jahre 1932 ein Plakatierungsverbot, bei der Erlangung von privaten Spenden stellten sich Schwierig-

9.3.1955

keiten ein und die Regierung sperrte die bisher gewährten Zuschüsse. So soll es auch in Zukunft bleiben.

Die Aktionen des Saarbundes hielten sich im Rahmen der Gesetze. Da eine gesetzliche Möglichkeit wohl nicht besteht, sie ganz zu verbieten oder den Saarbund ausserhalb der Gesetze zu stellen, wählte die Bundesregierung die Methode des langsamen Abwürgens.

In diesem Zusammenhang ergeben sich einige notwendige Feststellungen: Der Bundesregierung ist es also höchst unbequem und sie betrachtet es als eine Diffamierung ihrer Politik, wenn eine Organisation von Vertriebenen und Ausgewiesenen im Rahmen der verfassungsmässigen Ordnung sich in Wort und Schrift gegen die Preisgabe deutschen Gebietes wehrt. Gewollt oder ungewollt geht sie durch ihren Boykott gegen den Saarbund dem Hoffmann-Regime den willkommenen Vorwand, ähnlich mit den, übrigens noch nicht zugelassenen, deutschen Parteien an der Saar zu verfahren. Ausserdem: Was heute dem Saarbund geschah, kann morgen den Flüchtlingsverbänden aus der Sowjetzone geschehen. Auch über sie kann sich eines Tages die volle Schale des bundeskanzleramtlichen Unmuts ergiessen, wenn deren Verlangen nach einer aktiveren Politik der deutschen Wiedervereinigung in Konflikt geraten sollte mit der Politik des Bundeskanzlers.

Und noch eine letzte Frage: Wozu noch ein Gesamtdeutsches Ministerium, das sich dazu hergibt, Organisationen, die nichts anderes erstreben als den Gedanken eines gesamtdeutschen Zusammenhaltens in unserer Volke zu pflegen, auf den Index zu setzen?

+ + +

ZK der SED bereitet Kurswechsel vor

Das ZK der SED hat seinen Sekretär Erich Mückenberger beauftragt, eine Vorlage über "neue Massnahmen" der SED auszuarbeiten. Parallel den Änderungen in der Sowjetunion sollen die Massnahmen auf eine einseitige Förderung der Schwerindustrie abgestellt werden. Im übrigen ist Kurs auf eine beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft zu nehmen. Weiter soll Mückenbergers Vorlage von der Tatsache ausgehen, dass nach der Ratifizierung der "Pariser Verträge" ein verschärfter Klassenkampf gegen feindliche Elemente geführt und die allgemeine Wachsamkeit der Partei verschärft werden müsse. Aus gleicher Quelle verläutet, dass der augenblickliche Minister für Schwerindustrie, Fritz Selowann, zur Durchführung der vorbereiteten Beschlüsse in den Parteiapparat des ZK berufen werden soll.

+ + +